

## RESOLUTIONSANTRAG

der Abgeordneten **Schabl, Dr. Michalitsch** und **Rosenkranz**

zur Gruppe 4 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 2003,  
Ltg. Zl. 984

### **betreffend regelmäßige Anpassung der Einkommensgrenzen für die NÖ Pendlerhilfe**

Bedingt durch die großen strukturellen Unterschiede in Niederösterreich sind viele ArbeitnehmerInnen gezwungen, teilweise über sehr lange Strecken zu ihrem Arbeitsplatz zu pendeln (siehe Pendleranalyse AK-NÖ). Dies stellt an die Betroffenen hohe psychische, physische aber auch finanzielle Anforderungen. Mit der NÖ Pendlerhilfe versucht das Land Niederösterreich einen Teil der finanziellen Last abzunehmen. Da sich jedoch die Einkommen der unselbständig Erwerbstätigen jährlich jedenfalls um den von den Sozialpartnern ausverhandelten Prozentsatz erhöhen, sollten auch die Einkommensgrenzen für die Pendlerhilfe jährlich einer automatischen Anpassung unterzogen werden, um nicht die Zahl der Anspruchsberechtigten systematisch zu reduzieren.

Es sollten daher die Richtlinien der NÖ Pendlerhilfe derart abgeändert werden, dass sich die Einkommensgrenzen zur Erlangung dieser Förderung jährlich um die Steigerung der NÖ Medianeinkommen erhöhen.

Die Gefertigten stellen daher den

### **A n t r a g :**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung die Richtlinien zur NÖ Pendlerhilfe derart abzuändern, dass sich die Einkommensgrenzen jährlich um den Anstieg des NÖ Medianeinkommens erhöhen.